

## **Interpellation Thomas Glauser/Alexander Feuz (SVP): Sicherheitskonzept in der Reitschule endlich durchsetzen!**

Die Tagespresse machte am 23. November 2019 publik, dass betreffend Sicherheitskonzept der Berner Reitschule es im Laufe des vergangenen Jahres zwar mindestens ein Gespräch zwischen dem kantonalen Polizeidirektor Philippe Müller und dem Stadt Berner Sicherheitsvorsteher Reto Nause gegeben haben soll. Dabei sind offensichtlich in einem Brief Forderungen an die Reitschule zu Händen des Gemeinderats ausformuliert worden. Hauptstreitpunkt ist demnach der Sicherheitsdienst der Reitschule. Polizeidirektor Müller fordert, dass das sogenannte «Wellness-Team» klar erkennbar sein muss. Die Verantwortlichen der Reitschule weigern sich jedoch, ihre Sicherheitsmitarbeiter speziell zu kennzeichnen. Offensichtlich sind bis zum heutigen Zeitpunkt seitens des Gemeinderates keine Forderungen an die Reitschule ausformuliert worden. Auch auf eine schriftliche Nachfrage seitens des Gesamtregierungsrates in dieser Angelegenheit wurde bislang nicht geantwortet. Stadtpräsident Alec von Graffenried schweigt bisher beharrlich, was sicher nicht die feine englische Art ist.

Ich bitte den Gemeinderat höflich, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist die Stadtregierung gewillt, endlich Forderungen an die Reitschule auszuformulieren, welche insbesondere die Durchsetzung von Sicherheit durch Recht und Ordnung in und um die Berner Reitschule beinhaltet?
2. Wenn Ja, um welche Forderungen handelt es sich?
3. Wenn Nein, weshalb nicht?
4. Welche Massnahmen werden ins Auge gefasst, falls sich die Reitschulverantwortlichen weigern, ihre Sicherheitsmitarbeiter zu kennzeichnen?
5. Ist der Gemeinderat bereit, auch mit dem Gesamtregierungsrat betreffend Sicherheitskonzept in der Reitschule in einen konstruktiven Dialog zu treten?
6. Gleicht sich die Stadtregierung durch die strikte Weigerung der Beantwortung der Schreiben, von kantonalen Regierungsstellen dem Verhaltensmuster der anarchischen Reitschüler an?

### *Begründung der Dringlichkeit*

Der Leistungsvertrag wird bald der SBK vorgelegt und kommt dann in den Stadtrat. Die Änderungen der entsprechenden Bestimmungen muss vor der Behandlung im Stadtrat erfolgen. Die Stadt riskiert zudem wegen ihrer unverantwortlichen Nachlässigkeit und Untätigkeit von Dritten und dem Kanton belangt und schadenersatzpflichtig zu werden. Die Sicherheitslage duldet kein Zuwarten. Es droht wachsender Schaden. Die Dringlichkeit ist deshalb gegeben.

*Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.*

Bern, 28. November 2019

*Erstunterzeichnende: Thomas Glauser, Alexander Feuz*

*Mitunterzeichnende: Ueli Jaisli, Janosch Weyermann, Kurt Rüeegsegger*

### **Antwort des Gemeinderats**

Der Stadtrat hat an seinen Sitzungen vom 23. und vom 30. Januar 2020 den Leistungsvertrag mit der Interessensgemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) für die Periode 2020 – 2023 diskutiert und den dazu erforderlichen Verpflichtungskredit mit SRB Nr. 2020-53 vom 30. Januar 2020 gutgeheissen. In seinem Vortrag an den Stadtrat hat der Gemeinderat den Verhandlungsprozess für den Leistungsvertrag geschildert; er hat darauf hingewiesen, dass parallel dazu auch das Sicher-

heitskonzept der IKuR verhandelt wurde. Bei der Überarbeitung des Sicherheitskonzepts ging es primär um den Einbau der Bestimmungen aus der vormaligen Zusatzvereinbarung zum Sicherheitskonzept; damit ist sichergestellt, dass die sicherheitsrelevanten Bestimmungen übersichtlich in einem Dokument geregelt sind. Ebenfalls wurden Ausführungsbestimmungen zu Sicherheitsthemen aus dem Leistungsvertrag so weit möglich ins Sicherheitskonzept transferiert.

Zugleich wurde die Revision des Sicherheitskonzepts genutzt, um Präzisierungen an umstrittenen Bestimmungen vorzunehmen. Bezüglich der Kontrolle der Ausbildungs- und persönlichen Voraussetzungen der von der IKuR im Sicherheitsdienst eingesetzten Personen konnte eine Lösung gefunden werden, die über die vormalige Praxis hinausgeht. So ist von der IKuR neu einmal jährlich eine von einer gemeinsam bestimmten Anwältin bzw. einem gemeinsam bestimmten Anwalt beglaubigte Bestätigung vorzulegen, dass die Mitarbeiter/innen des Sicherheitsdiensts über die erforderlichen Ausbildungen verfügen und keine relevanten Vorstrafen aufweisen. Diese Lösung ermöglicht einerseits die Wahrung des von der IKuR eingeforderten Persönlichkeitsschutzes, stellt aber zugleich sicher, dass die Vorgaben zum Sicherheitspersonal verbindlicher kontrolliert werden können.

Der Gemeinderat hat im Vortrag an den Stadtrat offengelegt, dass nicht sämtliche seiner Anliegen im Sicherheitskonzept vollumfänglich umgesetzt werden konnten. Das betrifft vor allem die Erkennbarkeit und die Personalisierung des Sicherheitsdiensts. Bei Kontrollen der Vollzugsbehörde wird weiterhin nicht zweifelsfrei überprüfbar sein, ob tatsächlich Mitarbeitende des Sicherheitsdiensts im Einsatz sind und ob diese die Ausbildungs- und die persönlichen Voraussetzungen für die Mitarbeit im Sicherheitsdienst erfüllen. Die Verhandlungsdelegation der Stadt Bern hat dieses Anliegen im Verhandlungsprozess eingebracht und umfassend begründet. Von der IKuR wurde währenddessen betont, dass der Sicherheitsdienst gerade wegen seinem nicht normierten bzw. uniformiertem Auftreten gute Ergebnisse erzielt; die IKuR hat der Verhandlungsdelegation der Stadt Bern ihre Sichtweise auf eine sehr reflektierte Art und Weise dargelegt. Angesichts dessen wurde letztlich auf die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung verzichtet.

*Zu Frage 1:*

Ja. Wie einleitend ausgeführt, hat die Verhandlungsdelegation der Stadt Bern im Rahmen der Neuverhandlung des Leistungsvertrags und des Sicherheitskonzepts die Anliegen und Forderungen des Gemeinderats umfassend eingebracht und begründet. Bei gewissen Punkten konnten neue und weiterreichende Lösungen gefunden werden, bei anderen hingegen nicht. Dies entspricht dem üblichen Resultat bei Verhandlungsprozessen.

*Zu Frage 2:*

Wie einleitend und im Vortrag zum Geschäft «Leistungsvertrag mit dem Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) für die Periode 2020 – 2023; Verpflichtungskredit» erläutert, wurde namentlich bei der Kontrolle der Ausbildungs- und der persönlichen Voraussetzungen der von der IKuR im Sicherheitsdienst eingesetzten Personen eine Verbesserung erreicht. Sodann ist im Sicherheitskonzept mittlerweile auch die Frage nach dem Zugang der Polizei zum Gebäude geregelt. In die Verhandlungen eingebracht hat die städtische Verhandlungsdelegation auch die Forderung nach einer besseren Erkennbarkeit der Mitarbeitenden des Sicherheitsdiensts; in dieser Frage konnte allerdings keine neue Lösung gefunden werden.

*Zu Frage 3:*

Wie in der Antwort auf Frage 1 ausgeführt, hat die Verhandlungsdelegation der Stadt Bern ihre Forderungen und Anliegen im Verhandlungsprozess eingebracht.

*Zu Frage 4:*

Wie oben geschildert, wurde die Frage nach der Kennzeichnung der Mitarbeitenden des Sicherheitsdiensts in den Verhandlungen zum Sicherheitskonzept ausführlich, kontrovers, aber jederzeit sachlich und fundiert besprochen. Letztendlich wurde auf die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung verzichtet. Das Sicherheitskonzept ist mittlerweile vom Regierungsstatthalter als integrierender Bestandteil der Betriebsbewilligung anerkannt worden und in Kraft. Es sind vor diesem Hintergrund weder neue Verhandlungen noch Sanktionsmassnahmen vorgesehen.

*Zu Frage 5:*

Der Gemeinderat, und namentlich der Stadtpräsident, steht mit dem für das Dossier zuständigen kantonalen Sicherheitsdirektor in einem konstruktiven Dialog. Eine erneute Diskussion und Verhandlung des Sicherheitskonzepts steht dabei nicht zur Debatte und wäre keine stufengerechte Vorgehensweise bzw. Lösung.

*Zu Frage 6:*

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat auf sein Schreiben eine ausführliche Antwort erhalten. Wie in der Antwort auf Frage 5 erwähnt, tauscht sich der Gemeinderat aber nicht nur brieflich mit dem Regierungsrat bzw. den kantonalen Regierungsmitgliedern und leitenden Verwaltungsangestellten aus, sondern auch im Rahmen von Gesprächen. So haben sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang zur gemeinderätlichen Antwort an den Regierungsrat diverse konstruktive Besprechungen mit kantonalen Stellen zur Sicherheitssituation im Perimeter Schützenmatte/Reitschule stattgefunden.

Bern, 26. August 2020

Der Gemeinderat